

# Kein Rahmenkredit für Kulturschaffende

Das neue Kulturgesetz wurde zwar verabschiedet, aber mit wenig Neuerungen. Auch ein zweiter Anlauf für einen Rahmenkredit nach der Schlussabstimmung hatte keine Chance.

► CLAUDIO WILLI

## K

Kommissionspräsidentin Cornelia Märchy-Caduff (CVP, Domat/Ems) zog am Schluss der dreitägigen Marathondebatte doch noch ein zufriedenes Fazit. Das nun verabschiedete Kulturgesetz werde «unseren Kanton voranbringen», auch wenn sie wisse, dass die Debatte «Ihre Geduld strapaziert hat». Es seien wichtige Pflöcke eingeschlagen worden, Verbesserungen bei den Lehrpersonen in den Musikschulen erreicht worden, bei den regionalen Museen und bei den Bibliotheken. Der Umgangston sei allerdings zeitweise angespannt gewesen und das Ganze «aus dem Ruder gelaufen», so die Kommissionspräsidentin.

«Klares Zeichen für Museen»

Auch in der gestrigen Detailberatung waren weiterhin verschiedene Fragen umstritten. Mit 51:49 Stimmen folgte der Rat der Regierung, was Beiträge an Anschaffungen von Bibliotheken betrifft: Hier «kann» die Regierung Beiträge ausrichten, «muss» aber nicht, wie SP und CVP gerne durchgesetzt hätten. Ähnlich lag der Streitpunkt bei den Beiträgen des Kantons an die regionalen Museen. Was denn auch ein regionales Museum sei, fragte der Flimser Gemeindepräsident Adrian Steiger (FDP), der sein «Gelbes Haus» gerne auch unter diesem Aspekt sähe. Regierungsrat Martin Jäger betonte, solche Fragen würden dann bei der Ausarbeitung des Gesetzes definiert, dies könne man nicht jetzt schon in jedem Fall festschreiben. Hier heisst es nun, der Kanton «richtet» an «regionale Kulturinstitutionen, insbesondere an regionale Museen, Kulturförderungsstellen und Kulturarchive» Beiträge aus. Damit setzte sich eine Kommissionsmehrheit gegen die Regierung mit 71:40 Stimmen durch. Das bedeute



Angespannte und aufmerksame Tribünenbesucher: Das Initiativkomitee «Kulturkanton Graubünden» mit Andreas Gabriel, Giovanni Netzer, Nikolaus Schmid (von links). (FOTO MARCO HARTMANN)

ein «klares Zeichen» für die Museen, zog nicht nur die Kommissionspräsidentin ein zufriedenes Fazit.

Kultur und Politik

Ein Nebenschauplatz entwickelte sich bei der Frage, wer die Kulturkommission zu wählen habe. Bruno Claus (FDP, Chur) plädierte für eine Wahl durch den Grossen Rat, nicht um die Kommission zu verpolitisieren, aber dadurch würde die Kommission aufgewertet. Jon Pult (SP, Chur) konterte, es gelte, die Kultur zu stärken und nicht die Politik mit diesen Befugnissen zu stärken. Die Regierung solle ihr Beratergremium selber wählen dürfen, betonte auch Peter Peyer (SP, Trins). Regierungsrat Jäger wehrte sich gegen den Eindruck, bei der Wahl der Kommission spiele «politischer Stallgeruch» eine Rolle – die Vertreterin aus der Politik, Margrit Darms (CVP, Lugnez) habe er «bewusst nicht aus seiner Partei gewählt». Nach länge-

ren Wortgefechten wurde mit 92:18 Stimmen die Wahl durch die Regierung festgeschrieben.

Den Rahmenkredit eingefordert

Ein wichtiger Entscheid war am Vorabend gefallen, und zwar durch den Stichentscheid des Ratspräsidenten Michael Pfäffli: «Der Grosse Rat beschliesst auf Antrag der Regierung alle vier Jahre ein umfassendes Konzept.» Die Kardinalfrage aber war nun, wie dieses Konzept finanziert werden soll, und da schieden sich die Geister. Die SVP gab mit Roman Hug (Trimmis) die Marschrichtung an und verwies allfällige Begehren in die jährliche Budgetdebatte. Sandra Locher-Benguereel (SP, Chur) erklärte, ein neues Gesetz, ohne es zu finanzieren, sei wenig tauglich. Sie forderte einen Rahmenverpflichtungskredit, wie ihn die Kulturschaffenden nicht nur seit ihrem viel beachteten Auftritt Anfang Januar im Grossen Rat gewünscht hatten. Am ersten Tag der Session

war diese Forderung in Form der Petition mit fast 4000 Unterschriften eingereicht worden. Entsprechende Anträge aber fanden keine Mehrheit, und so konnte zur Schlussabstimmung geschritten werden, die mit 98:7 Stimmen Graubünden ein neues Kulturgesetz brachte.

Kollegers zweiter Versuch

Andy Kollegger (BDP, Chur) gab aber nicht klein bei und versuchte noch nach der Schlussabstimmung einen weiteren Anlauf, um den Kulturschaffenden schon jetzt, bis das Gesetz ausgearbeitet sei, einen Übergangskredit zu ermöglichen. Er schlug dem Rat einen Rahmenkredit von zwölf Millionen Franken für vier Jahre vor. Martin Jäger empfahl Ablehnung, und auch Finanzministerin Barbara Janom Steiner bezeichnete das Vorhaben als «unüblich», da die konkreten Ausgabenposten fehlten. Der Rahmenkredit, sozusagen der letzte Anlauf, wurde denn auch mit 75:29 Stimmen abgelehnt.

## Knappes Nein mit Hoffnungsschimmer

Mit 41:38 Stimmen hat der Grosse Rat den Auftrag zur **Stärkung der Jugendarbeit in Graubünden** knapp abgelehnt. Dennoch zeigen sich der Dachverband **Jugend.gr** und Erstunterzeichnerin Sandra Locher Benguerel **nicht enttäuscht**.

Als «sehr bitter, aber auch erfreulich» sieht Sandra Locher Benguerel (SP, Chur) die Behandlung des Auftrags der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) gestern im Grossen Rat an. Mit 41:38 Stimmen bei einer Enthaltung sprach sich das Parlament gegen die Forderung zur Stärkung der Kinder- und Jugendförderung durch den Kanton aus. Dies obwohl Kommissionspräsidentin Cornelia Märchy-Caduff (CVP, Domat/Ems) zuvor deutliche Worte fand: «Lehnt der Grosse Rat den Auftrag ab, stellt sich die Frage, ob das Mädchenparlament weiterhin tagen soll. Es verkommt nämlich zu einer Alibiübung.» Die Petition der Mädchen für mehr Freizeitangebote für Jugendliche wurde in der Oktobersession 2016 zwar abgelehnt, das Anliegen aber von der KBK aufgenommen. In ihrem Auftrag forderte diese den Kanton mitunter auf, die Gemeinden zur Schaffung entsprechender Angebote zu motivieren sowie beim Bund Finanzmittel für kantonale Programme im Bereich Aufbau und Weiterentwicklung der Kinder- und Ju-

gendpolitik abzuholen, die noch bis 2022 gewährt werden. «Es wäre wirklich sehr schade, wenn Graubünden dann als fast einziger Kanton nicht davon profitiert hätte», sagte Locher Benguerel.

Gegen eine falsche Abhängigkeit

Dennoch, die Regierung empfahl den Auftrag zur Ablehnung. Laut Regierungsrat Jon Domenic Parolini wurde mit der Erhöhung der jährlichen Kantonszuschüsse an Jugend.gr um 50 Prozent auf 120 000 Franken bereits gezeigt, dass der Kanton die Arbeit von Jugend.gr schätzt. Einen eigenen Fonds zu schaffen werde hingegen klar abgelehnt. Auch sei das Abholen von Bundesmitteln kritisch zu beurteilen. «Dies schafft eine falsche Abhängigkeit und führt zum Ergebnis einer Lastenverschiebung zwischen dem Bund und dem Kanton, wenn die Anschubfinanzierung aufhört.» Präsentiere Jugend.gr aber ein gutes sprich machbares und finanzierbares Projekt, werde dieses sicherlich geprüft. «Wir wollen pragmatisch vorgehen und nach

der Beurteilung konkreter Projekte einen Entscheid fällen», so Parolini.

Jugend.gr nimmt den Ball auf

Diese Worte waren es denn auch, die Hoffnung bei Locher Benguerel, aber auch bei den Vertretern von Jugend.gr weckten, welche die Debatte aufmerksam verfolgten. «Wir werden diesen Ball nun aufnehmen

und ein konkretes Projekt erarbeiten», sagte Geschäftsleiter David Pfulg gegenüber dem BT. Verschiedene Ideen seien vorhanden, «die Tür ist jetzt offen». Und Locher Benguerel freute sich: «Man darf das knappe Ergebnis auch positiv sehen. Die Anliegen des Mädchenparlaments haben die nötige Anerkennung gefunden.» STEFANIE STUDER



«Sehr bitter, aber auch erfreulich»: Sandra Locher Benguerel sieht das knappe Nein zum KBK-Auftrag positiv. (FOTO MARCO HARTMANN)

### WORTWÖRTLICH

«Gestern gab es etwas Konfusion, und ich entschuldige mich, dass ich sie nicht kleiner gemacht habe.» REGIERUNGSRAT MARTIN JÄGER

«Umgangskultur ist auch Kultur – und hier im Grossen Rat staune ich schon etwas über den Umgang miteinander.»

KARIN NIEDERBERGER (FDP, MALIX)

«Kulturschaffende sind nicht Leute, die in einer Hängematte liegen.»

JON PULT (SP, CHUR)

«Einen gewissen Stallgeruch gibt es in jedem Departement.»

URS MARTI (FDP, CHUR)

«Es braucht exzellente Fachkräfte in der Kommission wie der Musikkritiker Christian Albrecht.»

REGIERUNGSRAT MARTIN JÄGER, SP

«Ich will Leute mit Bodenhaftung in die Kommission wählen.»

DOMENIC TOUTSCH (SVP, ZERNEZ)

«Ich bin eben Demokrat, ich wähle gerne.»

URS MARTI (FDP, CHUR)

«Die Aufgaben ins Gesetz schreiben, das ist die Aufgabe des Gesetzgebers.»

RETO CRAMERI (CVP, SURAVA)

«Hier ist das Gesetz nicht nur schlank, hier ist es magersüchtig.»

BRUNO W. CLAUS (FDP, CHUR)

«Jetzt geht es um die Finanzen, da muss jeder Farbe bekennen.»

ROMAN HUG (SVP, TRIMMIS)

«Was Sie hier tun, ist nicht, den Stellenwert der Kultur zu erhöhen – Sie erhöhen den Stellenwert der Politik.»

JON PULT (SP, CHUR)

«Rahmenkredite sind befristet, das bringt keine Planungssicherheit.»

FINANZDIREKTORIN BARBARA JANOM STEINER

«Der Rahmenkredit würde völlig quer zu unserer Politiklandschaft stehen.»

ROMAN HUG (SVP, TRIMMIS)

«Der bessere Weg führt über das Budget.»

LUCA TENCHIO (CVP, CHUR)

«Das ist jetzt reine Zwängerei, Kollege Kollegger.»

ANGELA CASANOVA-MARON (FDP, DOMAT/EMS)

«Grossrat Epp, Sie haben ihre Zeit schon überschritten. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.»

MARTIN AEBLI (STANDESVIZEPRÄSIDENT)

«Gut, dann nenne ich noch einige weitere Vorteile, welche sich mit der Verwendung einer solchen Endung ergeben könnten.»

RENÉ EPP (CVP, SEDRUN)

«Ich danke Frau Regierungspräsidentin für die Ausführungen, und ich korrigiere meine Aussage von vorher: Ich bin nicht teilweise befriedigt, ich bin jetzt ganz befriedigt.»

PETER PEYER (SP, TRIN)

## Keine Chance für Domain «.graubunden»

**INTERNET** Eine Top-Level-Domain «.graubunden» wird es auch in Zukunft nicht geben. Der Grosse Rat hat sich gestern mit 27:60 Stimmen bei vier Enthaltungen dagegen ausgesprochen, die Alternative zu Endungen wie «.ch» und «.com» durch die Regierung prüfen zu lassen. Grossrat René Epp (CVP, Sedrun) und rund 40 Mitunterzeichnende sahen in «.graubunden» eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Graubünden und forderten die Regierung auf, den konkreten Nutzen einer solchen Top-Level-Domainendung für die Bündner Volkswirtschaft aufzuzeigen (BT vom 7. September).

Die Regierung empfahl den Auftrag aber zur Ablehnung. «Viel Aufwand für keinen Effekt» würde die Schaffung von «.graubunden» bedeuten, erklärte Regierungsrat Jon Domenic Parolini. Die Endung sei viel zu lang und verfüge zudem über einen Umlaut. Auch bezüglich Mehrsprachigkeit sei sie ungeeignet. Hinzu kämen die hohen Kosten: Für die Domain «.zuerich» habe der Kanton Zürich 314 000 Franken für die Bewerbung und 130 000 Franken für den jährlichen Betrieb veranschlagt. Dagegen wendete Epp ein: «Bei seiner Auflösung hat die Regierung eines vergessen – nämlich die Erträge.» Bei 1000 Interessierten ergäben sich laut dem CVP-Grossrat jährliche Einnahmen von rund 200 000 Franken. Dennoch, auch die Mehrheit im Grossen Rat befand, dass sich der Aufwand nicht lohnt, und lehnte den Auftrag ab. (ST)